

STEUERFLUCHT Bloß weg hier

Die Angst vor der Euro-Krise treibt Steuerflüchtlinge in ferne Länder. Von [Thomas Fischermann](#), Christina Kyriasoglou und Niklas Wirminghaus

20. September 2012 18:31 Uhr



Bankenviertel in Hong Kong | © Mike Clarke / AFP / Getty Images

Da muss schon etwas Einschneidendes passiert sein, wenn Hans-Lothar Merten so leise Töne anschlägt. Der Bankkaufmann und Autor veröffentlicht seit Jahren einen beliebten Ratgeber für die Geldanlage in Steueroasen. Früher kamen seine Bücher ganz kämpferisch daher, etwa als *Handbuch für flexible Steuerzahler* betitelt, und voller »attraktiver Auswege« aus der deutschen Steuerhölle. Bei der frisch erschienenen 18. Version aber reiben sich Merten-Kenner die Augen: *Neue Einblicke in die Offshore-Welt*, steht auf der Titelseite, und weiter: *Zurück in die Steuerehrlichkeit?* Leser, die das Werk aufschlagen, werden freilich auch diesmal ihren Helden wiedererkennen. »Die westlichen Staaten bekommen ihre Finanzen nicht in den Griff«, poltert Merten zu Beginn des Buches und prangert an: »Nun sollen die Reichen zahlen.«

Das mag zugespitzt sein, aber nicht falsch. Seit [die Krise](#) die Staatshaushalte getroffen hat, [debattieren Regierungen in ganz Europa über zusätzliche Steuern auf Kapitalbesitz und Erbschaften](#) (ZEIT Nr. 34/12). Und in den Steuerverwaltungen hat das Stopfen von Schlupflöchern Priorität. »Zwischen 2002 und 2008 war in der Bekämpfung

der internationalen Steuerflucht kaum etwas passiert«, gibt Pascal Saint-Amans zu, Chef der Anti-Steuerflucht-Abteilung der OECD. »Seither aber hat es einen dramatischen Wandel gegeben.«

Tatsächlich scheint die Jagd auf Steuersünder in vollem Gange. So zählt Saint-Amans seit Ausbruch der Krise 800 neue Doppelbesteuerungsabkommen. Viele Länder haben sich verpflichtet, fremden Steuerbehörden Auskunft über Anleger zu erteilen. Gerade ist eine Phase angelaufen, in der die OECD überprüft, ob solche Informationen wirklich erteilt werden. Mit 13 Ländern, heißt es, sei man unzufrieden, und man werde mehr Druck ausüben.

Auch die Steuerfahnder sind aggressiver geworden. Der deutsche Zoll verschärft die Grenzkontrollen; die Finanzämter erbitten mehrere Hundert Kontenabrufe pro Tag. Es gibt neue Auskunftspflichten bei Banken und aufschlussreiche Datenabgleiche, etwa bei Reisebüros, die Luxusreisen verkaufen. Man nutzt das Gesetz zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken und von Steuerhinterziehung, die verschärften Geldwäschegesetze, und den [Ankauf von Daten-CDs](#). »Es muss heute deutlich mehr Grips aufgewendet werden, um Steuern zu vermeiden«, sagt Manfred Lehmann, Vorsitzender der Steuergewerkschaft in Nordrhein-Westfalen, der Interessenvertretung für das Personal der Finanzverwaltungen.

Das Geschäft in Steueroasen scheint nicht beeinträchtigt zu werden

Doch es gibt kaum Anzeichen, dass die Hatz nachhaltig Eindruck macht. Das Geschäft in [Steueroasen](#) scheint nicht sonderlich zu leiden, im Gegenteil. Je nach Schätzung halten Reiche aus aller Welt 9 bis 14 Billionen Dollar Vermögen offshore, davon etwa ein Viertel als Bankeinlagen, den Rest als Wertpapiere und sonstige Anlagen. Andere Schätzungen gehen davon aus, dass etwa acht Prozent der privaten Kapitalanlagen weltweit in Steueroasen lagern. Alles sehr grobe Werte, erhoben von Banken, Unternehmensberatungen und Nichtregierungsorganisationen. Doch keiner geht davon aus, dass die Offshore-Vermögen neuerdings schrumpfen.

Die Ökonomen Niels Johannesen von der Universität Kopenhagen und Gabriel Zucman von der École d'économie de Paris untersuchten Anfang des Jahres in einer Studie, wie sich die Anti-Steuerflucht-Aktionen auf die Bankguthaben in Steueroasen auswirkten. Ernüchterndes Ergebnis: zwischen 2007 und 2011 quasi gar nicht.

Was sich wandelte, waren die Lagerorte für das viele Geld. Traditionelle Steueroasen

wie die Schweiz und Luxemburg verloren an Attraktivität, dafür floss das Geld an andere Orte, etwa nach Singapur, Hongkong oder auf die Cayman Islands. Die »größte koordinierte Aktion gegen Steuervermeidung, die die Welt je erlebt hat«, habe nach Ansicht der beiden Wissenschaftler dazu geführt, dass Steuerflüchtlinge nun nach Oasen suchten, die mit ihren Herkunftsländern noch kein Abkommen abgeschlossen hätten. Oder dorthin gingen, wo die »kreative« Auslegung der Regeln Schlupflöcher lasse.

SteuerfluchtBloß weg hier

Seite 2/2:

Dabei sollte die große Jagd auf das schwarze Geld den Staaten eigentlich helfen, um in der Euro-Krise ihre Haushalte sanieren zu können. Perfiderweise, so berichten Steuerexperten, führe die [Euro-Krise](#) neuerdings eher zum Gegenteil – zur zusätzlichen Flucht von Vermögen in ferne Länder.

»Viele haben jetzt Angst vor einem Euro-Crash«, sagt Carl-Josef Husken, Steuerberater und Partner bei Ernst & Young. »Sie wollen einfach das Risiko streuen.« Vielen Anlegern reicht es dabei nicht, Aktien oder Anleihen in fremden Währungen zu kaufen – sie wollen das Vermögen gleich außer Landes schaffen. »Die Tendenz, [Geld in der Schweiz anzulegen](#), ist groß. Außerdem tragen viele einen Teil ihres Vermögens in die USA und den asiatischen Raum«, sagt Ellen Ashauer-Moll von der Steuerberatungskanzlei Rödl & Partner.

Ein Katz-und-Maus-Rennen zwischen Finanzberatern und Steuerfahndern

Nun ist es zunächst legal, Geldanlagen ins Ausland zu verlagern – solange man im Heimatland weiter brav Steuern auf die ausländischen Kapitalerträge abführt. Es ist auch legitim, Steuervorteile zu nutzen, wie sie manchmal in Doppelbesteuerungsabkommen zu finden sind: eine Sache für Experten und zunehmend knifflig. Zwischen den Offshore-Finanzberatern und den Steuerbehörden hat sich ein regelrechtes Katz-und-Maus-Rennen entwickelt. »Natürlich wird versucht, Lücken zu finden und diese auszunutzen«, sagt Stefan Zöller, selbstständiger Steuerberater, der schon für die Finanzdirektion Münster gearbeitet hat und für ein Investmenthaus der Commerzbank. »Davon erzählen die Banken natürlich nichts. Das Loch würde sofort vom Gesetzgeber geschlossen.«

Husken von Ernst & Young kennt einen Trick, der bei sehr vermögenden Anlegern beliebt ist. Von einer zweistelligen Millionensumme an kann es sich lohnen, eine vermögensverwaltende Kapitalgesellschaft im Ausland aufzusetzen, etwa in Polen. Im Gegensatz zu Deutschland fällt hier nur eine Körperschaftsteuer von 19 Prozent an, das Doppelbesteuerungsabkommen schließt eine weitere Besteuerung in Deutschland aus. Würde man das Ganze diesseits der Grenze aufziehen, müsste man insgesamt 31 Prozent des Vermögens besteuern. Einen Haken gibt es. Wenn das Vermögen ausgeschüttet wird, muss es in Deutschland mit 25 Prozent versteuert werden – es sei denn, man findet einen neuen Trick. Ob solche verbliebenen Möglichkeiten der legalen Steuervermeidung sich unterm Strich lohnen, steht auf einem anderen Blatt. Für manche Anleger habe es »ein böses Erwachen« gegeben, berichtet Husken. »Viele haben zum Beispiel in der Schweiz mehr Steuern und Bankgebühren gezahlt, als in Deutschland angefallen wären.«

Die Sorge angesichts des neuen Verlagerungsschubes ist eine andere. Liegt das Geld einmal im Ausland, kann die Sache schnell undurchsichtig werden. Die Studien von Finanzexperten, die sich mit dieser geheimniskrämerischen Welt beschäftigen, leiden zwar an miserablen Datengrundlagen – aber alle gehen davon aus, dass Geld in »Offshore«-Finanzplätzen stärker dazu verführt, Schwarzgeld zu verstecken. »Trotz aller Steuer-CDs und neuer Abkommen: Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie in Zürich einen Autounfall erleben, ist immer noch höher, als dass man Ihr Schwarzgeldkonto entdeckt«, sagt Markus Meinzer vom Tax Justice Network, einer Organisation gegen die Steuerflucht. Eine Einschätzung, die Pascal Saint-Amant von der OECD bestreitet. »In dem Moment, wo Sie das Geld abheben wollen, werden Sie dann erwischt«, sagt er.

Die Steuerflüchtlinge selbst scheinen gelassen zu bleiben. 2010, als die ersten Steuer-CDs aus der Schweiz angekauft wurden, stiegen Selbstanzeigen und Strafverfahren kurzfristig an. Seitdem registrieren die Fahnder sinkende Zahlen, auch wenn die jüngste Steuer-CD in den vergangenen Wochen für ein kleines Hoch sorgte. Steuerberater Stefan Zöller kann sich vorstellen, dass mancher nun erst recht entschieden hat, kriminell zu werden. »Es gibt Hardcore-Steuerhinterzieher«, sagt er, die keine Mühen scheuten. »Die schieben ihr Geld so lange hin und her, bis es nicht mehr nachvollziehbar ist. Sie gehen irgendwo nach Asien und schalten noch eine südamerikanische Stiftung dazwischen.« Mitgefühl mit reichen Steueroptimierern zeigt zumindest einer, Ratgeber-Autor Merten. Er findet: Wer 40 oder 45 Prozent Steuern zahle und wenn davon marode Staaten finanziert würden, könne man die Leute doch verste-

hen, die sagten: »Das mache ich nicht mehr mit.«